L68 Weiterbildungsmaßnahmen verpflichtend etablieren

Antragsteller*in: Isabell Oho (KV Köln)
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:
WP-5: DEMOKRATIE IN DER OFFENEN GESELLSCHAFT

Zeilennummer:
322

Daher intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf

Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte,

Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten.

...soll ersetzt werden durch...

Daher wollen wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen verpflichtend etablieren, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten. Langfristig soll dies auch zum festen Bestandteil der Ausbildungen in Verwaltungsberufen werden.

Begründung

Rassismus ist in den Strukturen unserer Gesellschaft fest verankert. Dies hat Auswirkungen auf die verschiedenen Institutionen, in denen Menschen systematisch Nachteile und Diskriminierung erfahren. Wer beruflich wichtige Entscheidungen über Schicksale von Menschen zu treffen hat (Ausländerbehörden, Jobcenter), der muss sich mit antidiskriminierendem Handeln sowie mit Menschenrechten auseinandersetzen. Ein freiwilliges Angebot von Weiterbildungsmaßnahmen ist daher nur unzureichend. Wer mit Nahrungsmitteln arbeiten möchte, muss vorher ein obligatorisches Gesundheitszeugnis ablegen. Unternehmen verpflichten sich dazu, an Brandschutzschulungen teilzunehmen.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Heike Küper (KV Köln); Ismail Arabaci (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Katja Leverkus (KV Köln); Leonie Bohn (KV Köln); Sharon Nathan (KV Köln); Irene Ofteringer; Kai Echelmeyer (KV Köln) ; Fabian Pausch (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Katja Poredda (KV Köln)